

Die Bewegung gegen das KKW in Brokdorf ist stärker als die Staatsgewalt

# Sofortige Einstellung des Baus!

Mit zwei Meter hohen Mauern, zusätzlichem NATO-Stacheldraht, mit Wassergräben - 2m tief und bis zu 8m breit - verstärkten Mannschaften der Polizei, soll der Bauplatz für das KKW in Brokdorf uneinnehmbar gemacht werden. Über 2 Mio. DM aus Steuergeldern, den Lohnabhängigen abgepreßt, wurden bereits verschlungen, um eine Festung zu bauen gegen die Volksmassen, die den Bau des KKW in Brokdorf hartnäckig bekämpfen. Die Volksmassen haben sich durch das Blitzkriegsmanöver nicht besiegen lassen, wie es die schleswig-holsteinische Regierung erhofft hatte.

## GROSSE FORTSCHRITTE IM KAMPF GEGEN DAS ATOMPROGRAMM DER BUNDESREGIERUNG

Die Volksmassen haben die Konsequenzen gezogen und haben sich in neuen Bürgerinitiativen zusammengeschlossen, z.B. Heide, Husum und Flensburg. Aus Betrieben und Gewerkschaften, Schulen, Universitäten häufen sich die Solidaritätserklärungen für den Kampf gegen das KKW in Brokdorf. Gefordert wird: Sofortige Einstellung der Baumaßnahmen und Räumung des Platzes durch die NWK. Nach der Demonstration von über 5000 Menschen in Brokdorf am 30.10.76 fanden in vielen Städten norddeutschlands Veranstaltungen statt. Die Initiativen gegen Atommülldeponien und Wiederaufbereitungsanlagen in Niedersachsen haben ihren Kampf verstärkt und aufgerufen zu einem Aktionstag in Hannover anlässlich eines Ministertreffens, am 11.11. Die Bundesminister Matthöfer, Maihofer und Friederichs wollen zusammen mit Ministerpräsident Albrecht beraten, wie der Bau der Atommülldeponie und einer Wiederaufbereitungsanlage gegen den Willen der Bevölkerung durchgesetzt werden kann.

In NRW hat die dortige Landesregierung gerade einen bisher noch geheimen Plan für den Bau von 22 Kraft- und Kernkraftwerken aus der Schublade gezogen, und schon muß die bürgerliche Presse berichten: "Doch einige Landesminister haben bereits Bedenken bekommen vor den nun auch in NRW zu massivem Einsatz rüstenden fast 20 Bürgerinitiativen der Atomenergiegegner. Die Vorfälle im schleswig-holsteinischen Brokdorf gaben den NRW-Ministern Hirsch, Deneke und Farthmann akuten Anlass, laut in Richtung

gegen die Atomenergie zu denken." (Kie-ler Nachrichten, 8.11.76)

In NRW hat der Sozialminister das Projekt eines Volksentscheides aufgebracht. Er denkt sich das als ganz schlaun Weg, um den Kampf des Volkes aufzufangen. Wahrscheinlich will er dann Fragen zur Entscheidung vorlegen, wie: Entweder Tod durch Energiemangel oder Kernkraftwerke. Angesichts des wachsenden organisierten Widerstands gegen Kernanlagen fordert die SPD in Itzehoe eine "Denkpause". Die Arbeiter und Bauern brauchen keine "Denkpause", sie haben längst entschieden daß sie das KKW nicht wollen. Nur die bürgerlichen Politiker müssen sich jetzt überlegen, welche Taktik sie verfolgen wollen. Schmidt sagte in HH-Bergedorf, der mächtige Polizeieinsatz sei eine "Dummheit" gewesen. "Dieser Einsatz möge Rechtsens gewesen sein, habe aber den Bürgern das Gefühl gegeben, bei Nacht und Nebel überwältigt worden zu sein." (HH-Abendblatt) Er wählt lieber die Methode der Lügenpropaganda: 10.000 Arbeitsplätze verspricht er den Arbeitern, wenn der Export der Kernanlagen weiter blüht. Daß mehr wegrationalisiert werden mit Hilfe des billigen Stroms, das leugnet er. Die elektrischen Öfen würden im Winter ausgehen, wegen Mangel an Strom. Dabei ist der Bedarf der privaten Haushalte an Strom im letzten Jahr um 6% gesunken und die Kapitalisten benötigen immer größere Mengen an Strom, die sie dann auch noch zu billigen Sondertarifen geliefert bekommen. Die Gegner der Kernkraftwerke seien Gegner von Kraftwerken überhaupt, rückständige Menschen, die unseren Lebensstandard gefährden. So soll der Kampf gegen das KKW zersetzt werden. Auch die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung unterstützt diesen Plan mit ihrer Demonstration für das KKW. Diese Taktik hält der Kanzler für erfolgversprechender als massiven Polizeieinsatz.

Brokdorf muß gebaut werden! das steht für alle bürgerlichen Politiker fest, denn das Profitstreben der Kapitalisten verlangt dies. Im Kampf gegen den bürgerlichen Staatsapparat, gegen die bürgerlichen Parteien müssen die Volksmassen ihre Interessen durchsetzen.

Am vergangenen Donnerstag haben die Bürgerinitiativen gegen die Atommülldeponie und die Wiederaufbereitungsanlage eine Kundgebung in Hannover durchgeführt, an der sich 2.500 Menschen beteiligten. Die Bauern führten eine Treckerdemonstration mit 50 Traktoren durch, an deren Spitze Stoltenberg am Galgen mitgeführt wurde. Der KBW hat bereits am Morgen eine Propaganda-Aktion vor dem Haus des Ministerpräsidenten Albrecht und im Anschluß an die Kundgebung der Bürgerinitiativen eine Demonstration durch die Stadt durchgeführt, an der sich 400 Menschen beteiligten.

## DEN BAU GEGEN DEN WILLEN DES VOLKES DURCHSETZEN ZU WOLLEN IST VÖLLIG LÄCHERLICH

Wo auf der einen Seite der Zusammenschluß der Arbeiter, Bauern und des ganzen Volkes Fortschritte macht, bleibt dem bürgerlichen Staat nur noch eines: Noch höhere Zäune, noch einige Stacheldrahtrollen mehr, Verbreiterung der Wassergräben. So haben sie jetzt ihre Baustelle in Brokdorf verschanzt. Gestern und in den letzten Tagen wurden Meldungen verbreitet, daß zur Demonstration am 13.11. 20.000 bis 50.000 Menschen erwartet werden. Soviele werden wir heute voraussichtlich nicht sein. Die Landesregierung betreibt diese Zahlenspielerien, um damit ihr Polizeiaufgebot und die Bereitstellung von BGS zu rechtfertigen. Es zeigt nichts anderes als die Schwäche des Gegners und die Stärke des Kampfes gegen den Bau des KKW und gegen das Energieprogramm der Bundesregierung. Der Plan der Bundesregierung und der Landesregierung ist völlig lächerlich. Niemals kann es gelingen, diesen Bau durchzuführen, wenn das ganze Volk dagegen ist - das wird die Bewegung gegen das KKW heute klarstellen. Bauen können die Kapitalisten bekanntlich nicht selbst. Dazu brauchen sie die Arbeiter. Man muß sich also mit den Bauarbeitern verbinden und für die Einstel-

Forts. S. 4

## Aufruf

Mit einer Blitzkriegsaktion hat die Landesregierung von Schleswig-Holstein den Bauplatz für das KKW in Brokdorf besetzen lassen, damit mit dem Bau begonnen werden kann. Der bürgerliche Staat hat gehofft, damit den Widerstand der Arbeiter und Bauern gegen das KKW zu ersticken und eine Entwicklung wie in Whyll zu verhindern. Die Massen lassen sich nicht im Blitzkrieg besiegen, sondern halten fest an der Durchsetzung ihrer Interessen: Kein KKW in Brokdorf. Über 5.000 Menschen haben dieses am 30.10. demonstriert.

Der Bau von Kernkraftwerken wie in Brokdorf dient dazu, das Energieprogramm der Bundesregierung zu verwirklichen. Mit diesem Energieprogramm sollen die westdeutschen Kapitalisten billigen Strom, gesicherte Energie, neue Rohstoffe und verbesserte Exportbedingungen, alles in allem, höhere Profite bekommen, Banken mittels Konkurrenz ihren Einfluß gegenüber anderen Ländern vergrößern können. Der Bau von Kernanlagen in der BRD, so auch der geplanten Wiederaufbereitungsanlage, dient ausschließlich dem Profit und der Machterweiterung. Dem soll sich alles unterordnen. Die Inter-

sen der Volksmassen werden mit Füßen getreten. Der Bau dieser Anlage bedeutet für die Arbeiter und Bauern die Vernichtung ihrer Gesundheit und ihrer Existenz. Die radioaktive Strahlung, die aus der Anlage entweicht, richtet die Gesundheit zugrunde, indem sie Krebs, Erbschäden und andere Krankheiten hervorruft. Die Pflanzen, die Weiden, die Kühe und die Milch werden ebenfalls radioaktiv verseucht, so daß in großem Umkreis um die Anlage keine Landwirtschaft mehr getrieben werden darf. Das bedeutet die weitere Ruinierung vieler Bauern in diesen Gebieten.

Die Arbeiter und die Bauern sowie die Volksmassen stehen im Kampf gegen das KKW in Brokdorf auf der einen Seite, die Kapitalisten und der Staatsapparat auf der anderen. Gemeinsam können die Volksmassen den Bau verhindern. Sie werden den Bau des KKW verhindern, wenn sie gemeinsam dagegen kämpfen. Jetzt kommt es darauf an, die sofortige Einstellung aller Bautätigkeiten zu erzwingen. Die NWK muß den Platz räumen.

SOFORTIGE EINSTELLUNG ALLER BAUTÄTIGKEITEN!  
SOFORTIGE RÄUMUNG DES PLATZES!  
KEIN KKW IN BROKDORF!

Am 23.11.76 will der Landtag in einer Sondersitzung darüber beraten, wie das Energieprogramm der Bundesregierung in Schleswig-Holstein gegen den wachsenden Widerstand der Bevölkerung durchgesetzt werden kann. Die Bürgerinitiative "Kein

Kernkraftwerk an der Eckernförder Bucht" hat für diesen Tag eine Demonstration in Kiel vorgeschlagen. Wir unterstützen diesen Vorschlag und fordern alle Kernkraftwerksgegner dazu auf, sich auf der Grundlage des Aufrufs in einer großen Demonstration zusammenzuschließen.



# Energieproduktion für den Profit

Im Herbst 1974 hat die Bundesregierung ein "den neuen Umständen angepaßtes" Energieprogramm vorgelegt. Ziel ist darin das Absephen des Ölanteils am Energieverbrauch von 55% (1973) auf 44% bei gleichzeitiger Steigerung des Anteils der Kernenergie von 1% auf 15% bis 1985. Vor allem der Anteil an der Stromerzeugung soll von 1973 5% auf 1980 25% und 1985 50% gesteigert werden.

Dieses Energieprogramm ist ein Versuch der Bourgeoisie, dem Fallen ihrer Profitrate entgegenzuwirken. Die Quelle des Profits ist die Arbeit der Arbeiterklasse, die ihre Arbeitskraft an die Besitzer der Produktionsmittel verkaufen muß und ihnen mehr Werte schaffen muß, als sie als Preis für ihre Arbeitskraft als Lohn erhält. Um die Arbeitskraft mehr ausbeuten zu können, müssen die Kapitalisten immer gewaltigere sachliche Mittel, Fabriken, Maschinen, Rohstoffe anhäufen. Diese neuen Mittel schaffen keine Werte; sie übertragen ihren Wert, sind tote Kosten, konstantes Kapital. Sie drücken auf die Profitrate. Die Kapitalisten antworten auf diesen Druck mit noch schärferer Ausbeutung der Arbeiterklasse und Verbilligung des konstanten Kapitals. Deshalb schreien sie jetzt in einem Chor nach billiger, verfügbarer Energie.

Die westdeutsche Bourgeoisie hat von 1960 auf 1973 ihre Energieversorgung von Steinkohle (1960:60%, 1973:22%) auf Erdöl (1960:21%, 1973:55%) verlagert. Das war der Versuch, die Länder der 3. Welt mit Ölvorkommen auszuplündern, um den Preis der Vernichtung der natürlichen Reichtümer dieser Länder in kurzer Zeit. Dem haben die Völker im Kampf gegen den Imperialismus einen Riegel vorgeschoben.

Das neue Energieprogramm ist die Antwort der westdeutschen Imperialisten. Die Ausplünderung der natürlichen Reichtümer soll fortgesetzt werden. Bei der Ausplünderung des Urans hoffen die Imperialisten auf weniger Widerstand der Völker, sie reden von "breit gestreutem Vorkommen". Gegenüber ihren imperialistischen Konkurrenten haben sie sich hier - anders als beim Erdöl - direkt Zugang mit einigen Konzernen in Südafrika, Namibia und Brasilien verschafft. Bei der Kernenergie preisen die Imperialisten die billigen Exportmöglichkeiten. Sie wollen sich so

eine eigene Energiebasis sichern, um die imperialistische Expansion verstärken zu können auf dem Weltmarkt. Der imperialistische Krieg wird die Fortsetzung dieser Expansion mit anderen Mitteln sein. Daß die westdeutsche Bourgeoisie im Krieg mit der Kernenergie große Reserven kontrollieren kann und mit Wiederaufbereitungsanlagen auch das Material für Atombomben herstellen kann, das erfüllt sie mit razender Gier. Daß das Kernenergieprogramm die Menschen und die Landwirtschaft durch radioaktive Strahlung zugrunde richtet, schert sie einen Dreck. Verkürzung der Lebensdauer der Arbeiter ist eh Tatsache und wird einkalkuliert, Vertreibung der kleinen Bauern auch.

"Die außerordentlich hohe Entwicklung des Weltkapitalismus geht einher mit dem Schwinden seiner Fähigkeiten, die Produktivkräfte weiterzuentwickeln. Seine Aufschwungphase erkaufte sich der monopolistische Kapitalismus durch langandauernde Krisen und durch Kriege, in denen massenhaft Werte vernichtet werden, durch ständig steigende Rüstungslasten. Die Blüte einzelner Industrien geht einher mit der Stagnation in anderen Zweigen und der Verödung ganzer Regionen, bis zur Zerstörung allgemeiner Lebensgrundlagen. Der Kapitalismus in seinem höchsten Stadium ist sterbender Kapitalismus und geht in Fäulnis über." (Programm des KBW, S.12)

Das Energieprogramm und der Bau von Kernkraftwerken überall in der BRD sind Ausdruck dieser Gesetzmäßigkeiten. Die Arbeiterklasse hat daran kein Interesse daran; sie wird in der sozialistischen Revolution das kapitalistische Privateigentum enteignen und die Produktivkräfte befreien. Die Furcht der Bourgeoisie vor dem Kampf der Arbeiterklasse und der Bauern gegen das Energieprogramm ist groß. Deshalb hat sich ihr geschäftsführender Ausschuß, der Staat, der Sache angenommen. Bis 1975 hat er bereits 18 Mrd. DM in die Entwicklung der Kernenergie gesteckt - zum größten Teil aus dem Steueraufkommen des Volkes. Gleichzeitig hat er Millionen in den Ausbau seines Gewaltapparates gesteckt.

In Brokdorf soll sich jetzt zeigen, daß sich seine Investitionen für die Bourgeoisie gelohnt haben. Mit allen Mitteln will sie durch ihre Staatsmaschine den Widerstand niederschlagen. Die Arbeiter und Bauern

"Kernenergie ist die sauberste Energie, die es heute gibt", behaupten die Vertreter des Finanzkapitals. Gleichzeitig planen sie eine Atommüll-Wiederaufbereitungsanlage in Niedersachsen, in deren Umgebung im Umkreis von 30 km nicht mehr als 60 Einwohner pro Quadratkilometer wohnen dürfen und in der Milchwirtschaft verboten ist. Der Grund dafür ist die hohe radioaktive Strahlung in der Umgebung der Anlage. Auch das kann man als Vorteil betrachten, sagen die Kapitalisten. "Positiv", so schreibt die Kernstoffwiederaufbereitungsgesellschaft KEWA, "positiv wirkt sich auf die Tier und Pflanzenwelt aus, daß das Standortgelände aus Gründen der nuklearen und konventionellen Sicherheit für den allgemeinen Publikumsverkehr nicht zugänglich ist."

"Kernenergie schafft und sichert Arbeitsplätze", erzählen Wirtschaftsminister Clausen und alle bürgerlichen Politiker. Jeder Arbeiter jedoch weiß besser, wozu die Steigerung der Energieproduktion dienen soll, und selbst die bürgerlichen Politiker können die Absichten, die mit dem Kernenergieprogramm verfolgt werden, nicht immer verbergen. Die Landesregierung von Baden-Württemberg hat in einer Teilerrichtungsgenehmigung für das Kernkraftwerk Wyhl geschrieben, daß "ein zunehmender Stromverbrauch vor allem infolge der weiteren Rationalisierung in der Industrie (Ersetzung von Arbeitskräften durch verstärkten Energieeinsatz) zu erwarten ist".

"Ohne Kernenergie ist unser Wohlstand in Gefahr", predigen die Kapitalisten. Forschungsmann Matthöfer erklärt, "daß ein Verzicht auf Wachstum schwerwiegende Folgen hat, die für jeden einzelnen Bürger spürbar sind." Derselbe Minister hat eine Untersuchung anfertigen lassen, wie die vorhandene Energie wirkungsvoller eingesetzt werden kann. In ihr heißt es zum Beispiel: "Vor allem ist eine verminderte Raumtemperatur dringend zu empfehlen." Eine Absenkung von 1,5 Grad bedeute eine Energieeinsparung von 10%. Die Sicherung des Wohlstands besteht also darin, daß den Kapitalisten mehr Strom zur Verfügung steht, während die Arbeiter und Werktätigen in den Werkhallen und Büros frieren sollen.

und das ganze Volk müssen die Einheit gegen die Durchsetzung des Energieprogramms herstellen, sich im Kampf gegen den bürgerlichen Staat zusammenschließen und den Bau des Kernkraftwerks verhindern.

## Nicht die Technik ist gefährlich, sondern ihre Anwendung durch die Kapitalistenklasse

Der Mensch kann die Naturgewalten nutzen; er lernt immer mehr, sie zu beherrschen. Kernenergie ist eine mächtige Naturgewalt. Auch sie wird vom Menschen genutzt und beherrscht werden können. Eine Gefahr sind Kernkraftwerke nur in der Hand der Kapitalisten; denn sie sichern ihr Eigentum, um die Arbeiter auszubeuten und Profit zu erzielen. Jede technische Entwicklung dient diesem Zweck.

Wenn es um Profit geht, wird die Elbe aufgeheizt bis der Fluß tot ist, wird der Grundwasserspiegel gesenkt, bis die Weiden verdorrt sind. Wegen radioaktiver Strahlungen kann keine Milchkuh mehr auf der Wälder gehalten werden. Die Sicherheitsfragen werden gerade soweit gelöst, daß es bei der Inbetriebnahme der Werke nicht sofort zu laufenden, größeren Störungen und Katastrophen kommt. Der Aufbau von Kernkraftwerken ist für die Kapitalisten eine Frage der Zeit. Es drängt dabei nicht etwa das Versiegen von Energiequellen, wie sie es gerne darstellen, sondern in Zeitdruck geraten sie

durch die kapitalistische Konkurrenz, die sie mit niedrigen Energiekosten und damit Senkung der Herstellungskosten der Produkte, auf dem Warenmarkt ausschalten müssen, um ihren Profit zuzusichern. Deshalb werden Kernkraftwerke im Kapitalismus trotz weiterer Entwicklung der Technik nicht sicherer, sondern gefährlicher. Die höchstzulässigen Bestrahlungsmengen sind von der Bundesregierung so hoch angesetzt worden, daß die Kernkraftwerksbetreiber dafür - so die Kieler Nachrichten vom 9.11.76. - nur "ein müdes Lächeln" übrig haben.

Für Kernkraftwerke, bei denen die Einhaltung der Höchstmengen einen "unverhältnismäßig großen Aufwand" bedeuten würde, sind darüber hinaus Ausnahmen zugelassen. Dazu sagt das "Deutsche Atomforum": "Noch stets haben Neuerungen neben den erwünschten Verbesserungen auch Nachteile mit sich gebracht". Statt "Sicherheit" ihrer KKW's zu beweisen - was nicht ginge - bewiesen Bundesregierung und Kernindustrie

fortan, daß alle Technik mit Unsicherheit und einem Risiko verbunden ist. Doch es ist nicht die Technik, die Unsicherheit und Risiko erzeugt, sondern ihre kapitalistische Anwendung.

Die kapitalistische Anwendung bringt für die Kapitalisten Höchstprofite, für die Arbeiter erhöhte Ausbeutung, erhöhte Unfallgefahr, Verlust des Arbeitsplatzes, die allgemeine Unsicherheit der Existenz. Doch die Arbeiterklasse ist Anhängsel der Maschinerie nur solange, wie die Kapitalisten die Maschinen besitzen. Wenn sie in der proletarischen Revolution den bürgerlichen Staat gestürzt hat, wird sie die Technik beherrschen, auch die Kernenergie.

Die Beseitigung des kapitalistischen Privateigentums und die Beendigung der Herrschaft der Kapitalisten wird erst die allseitige Entwicklung und Beherrschung der Technik durch die Arbeiter zum Nutzen des ganzen Volkes ermöglichen.



# DAS KKW IN BROKDORF BESCHLEUNIGT DIE RUINIERUNG DER BAUERN IN DER WILSTER MARSCH!

**Stromverbrauch je geleistete Arbeiterstunde**

	Strommenge Kilowattstunde	Entwicklung (1962 = 100)	Jährliche Zunahme %
1959	5,4	82,6	8,6
1960	5,8	88,6	7,3
1961	6,1	92,9	4,8
1962	6,6	100,0	7,7
1963	7,2	109,2	9,2
1964	7,7	118,1	8,1
1965	8,1	124,0	5,0
1966	8,7	132,3	6,7
1967	9,7	148,4	12,1
1968	10,2	156,0	5,1
1969	10,5	159,8	2,5
1970	10,8	165,1	3,3
1971	11,6	175,8	7,4
1972	12,7	192,4	9,5
1973	13,8	209,1	8,7
1974	15,1	228,8	9,4
1975	15,4	233,3	2,0
1976	16,4	248,5	6,5

Quelle: 1959 - 1970 Rolf Krenzel, Produktionsvolumen und -potential, Produktionsfaktoren der Industrie im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, Statistische Kennziffern 11. Folge (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung), 1970 - 1975 eigene Berechnung, nach: Wirtschaft und Statistik Nr. 6/1976, 1976 nur Januar.

**Energieverbrauch der BRD nach Konsumenten**

	1973	1974
Industrie	25,3 %	26,2 %
Umwandlungsverluste und Verbrauch im Energiesektor	25,0 %	25,3 %
Verkehr	12,1 %	12,0 %
nicht-energetischer Verbrauch	7,9 %	8,1 %
produktiver Konsum des Kapitals insgesamt	70,3 %	71,6 %
Haushalte	29,7 %	28,4 %
Primärenergieverbrauch	100,0 %	100,0 %

(Berechnet nach: Daten zur Entwicklung der Energiewirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Herausgegeben vom Bundesministerium für Wirtschaft, Ausgabe 1975 - Man kann daran schon erkennen, wo „Energie gespart“ wird; zum ersten Mal seit Jahren ist der Verbrauchsanteil der „Haushalte“ 1974 gesunken.)

## Die Arbeiterklasse kann die Technik zum Nutzen des Volkes entwickeln

Angesichts ihrer riesigen produktiven Kraft ist es den Arbeitern möglich, eine andere Haltung zu den modernen Produktionsmitteln einzunehmen als ihnen das die besitzende Klasse und ihre bezahlten Politiker einimpfen wollen. Was ist das für eine Haltung? Dazu Beispiel aus der Volksrepublik China.

In der Abteilung für Fluorwasserstoffsäure des Schanghaier elektrochemischen Werks pflegten im Arbeitsprozeß große Mengen von fluorhaltigen Abgasen ausgestoßen zu werden; dieses Gas ist der menschlichen Gesundheit schädlich, gefährdet Feldfrüchte und zerfrißt das Bauwerk. Die Arbeiter in dieser Werkabteilung überwandene eine Schwierigkeit nach der anderen, bis sie Schädliches in Nützliches verwandeln konnten, indem sie aus dem fluorhaltigen Abgas das für die Schmelze von Aluminium wichtige Rohmaterial Kryolith zurückgewannen.

Als sie mit der Herstellung von Kryolith begannen, drohte ein Defizit durch die hohen Gestehungskosten, und manche Leute meinten nun, die ganze Sache lohne sich doch nicht. Aber die Masse der Arbeiter hielt sich an die Lehren des Vorsitzenden Mao: 'ES IST UNSERE PFLICHT, DEM VOLK GEGENÜBER VERANTWORTLICH ZU SEIN' und 'SICH IN ALLEM VON DEN INTERESSEN DES VOLKES LEITEN LASSEN' und beharrten auf der allseitigen Nutzung, indem sie sagten: "Wir machen doch nicht Revolution, um wie die Kapitalisten nur aufs Geldmachen zu schauen! Wenn wir der Gefahr fluorhaltiger Abgase ein Ende bereiten und vom Staat benötigte Produkte herstellen, so ist das der größte Gewinn! Nur auf das zu schauen, was einem vor der Nase liegt, ohne Rücksicht auf die lange Sicht, nur an sich selber zu denken statt ans Ganze, das ist der allergrößte Verlust".

Da sie auch auf der Praxis bestanden und immer neue Untersuchungen zu Verbesserungen anstellten, konnten sie schließlich die Rückgewinnungsrate erhöhen und die Gestehungskosten bedeutend herabsetzen.

Die Bauern kämpfen nicht gegen das Kernkraftwerk, weil sie gegen Technik sind und ins Mittelalter zurückkehren wollen oder weil sie dagegen sind, daß ein Zementklotz die "schöne Landschaft" unansehnlich macht.

Die Bauern setzen sich viel mehr dagegen zur Wehr, daß der Bau des KKW Brokdorf mit Sicherheit zu ihrem Ruin führen wird, ihre Produktionsbedingungen vernichtet werden.

In den letzten 20 Jahren hat es in der Landwirtschaft riesige Veränderungen gegeben. Die Landwirtschaft ist in diesem Zeitraum total durchmechanisiert worden. Daß noch ein Bauer mit der Hand die Kühe melkt oder die Pferde vor den Wagen spannt, das gibt es nicht mehr.

Einher mit dieser Technisierung in der Landwirtschaft ging die allmähliche Ruinierung großer Teile der Bauern. Sie mußten, um im Konkurrenzkampf mitzuhalten, der immer größere Technisierung erforderte, sich immer stärker an die Banken, sowie die Düngemittel- und Futtermittelkonzerne verschulden, bis zur Pleite.

So sank die Zahl der Höfe im Kreis Steinburg im Zeitraum von 1960 bis 1973 von 3095 auf 2674.

Die Zahl der langfristigen Kredite stieg von 1960/61 bis 71/72 von 410 DM auf 1356 DM pro Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche (St.Grunddaten S.12 u.S.43).

Für die Bauern, die übrig bleiben, heißt das jetzt nicht, daß sie fein raus sind. Sie sind gezwungen, wollen sie überleben, ihre Betriebe zu vergrößern. Im gleichen Zeitraum steigt die Nutzfläche von durchschnittlich 22,1 ha auf 28,5 ha. Das bedeutet weitere Verschuldung und zunehmende Arbeitsleistung für die meist im Ein-Mann- oder Familienbetrieb geführten Höfe. 12-14 Stunden-Arbeitstag ist in der Landwirtschaft keine Seltenheit. Dies gilt gerade für die Milch- und Viehwirtschaft, die besonders arbeitsintensiv ist. Sie ist aufgrund der Bodenverhältnisse an der Unterelbe gerade in der Wilster Marsch vorherrschend.

Jeder, der die Wilster Marsch kennt, kennt auch die verlassenen Höfe. Entweder verfallen sie oder werden von Hamburger Kapitalisten als Wochenendfarm aufgekauft. Das ist eine Verhöhnung der vertriebenen Bauern, und nährt die Ahnung bei den noch ansässigen Bauern, daß es ihnen auch bald so ergehen wird - und demzufolge ihre Wut. In der kapitalistischen Gesellschaft führt die Entwicklung der Technik zum Ruin immer größerer Teile der Bauern. Bei den Milchwirtschaftsbetrieben hat sich das so ausgewirkt: Durch die kapitalistische Konzentration im Meiereibereich sank in Schleswig-Holstein die Zahl der

"Wir sind nicht gegen Kernkraftwerke. Aber die Unternehmer haben gezeigt, daß sie aus Profitgründen solche Anlagen nicht sicher betreiben können. Bei uns auf der Howaldt-Werft haben dies mehrere Explosionen in Azetylen-Gasanlagen, bei denen es sogar einen Todesfall gab, deutlich bewiesen: Nicht die Sicherheit zählt, sondern der Gewinn der Unternehmer.

Der gewonnene billige Strom dient auch nicht der Sicherung der Arbeitsplätze, sondern nur der verschärften Rationalisierung.

Heute ist der Bau von Kernkraftwerken kein Fortschritt, sondern er zerstört die Lebensgrundlage der Bauern und gefährdet ganze Landstriche.

Wir unterstützen deshalb den Kampf der Bauern und der Bevölkerung der Wilster Marsch gegen das Kernkraftwerk in Brokdorf.

Die Arbeiter und Bauern müssen gemeinsam gegen Kernkraftwerke kämpfen.

KEIN KKW IN BROKDORF!

7 Kollegen der Howaldt-Werke/  
Deutsche Werft



# Resolutionen

## Soldaten aus der BOEHN-Kaserne

Wir, Soldaten aus der Boehn-Kaserne erklären uns mit Eurem Kampf gegen das KKW in Brokdorf solidarisch.  
Euer Kampf ist gerecht, denn durch den Bau eines KKW würde die Existenz der Bauern der Umgebung ruiniert und die Gesundheit und Sicherheit des Volkes gefährdet. Den Nutzen hätten einzig und allein die Kapitalisten. Sie brauchen den Atomstrom als billige Energiequelle um ihre bisherige Politik der Rationalisierung zu verschärfen.  
Durch die Umwandlung des Bauplatzes in ein Militärlager durch den Staat hat sich gezeigt, daß Staatsgewalt gegen Volksgewalt steht.  
Ende August sollten Soldaten der Lettow-Vorbeck-Kaserne in Hamburg-Wandsbek bei einer Übung gegen Kernkraftwerksgegner kämpfen. Die Ereignisse in Brokdorf haben bewiesen, daß diese Übungslage absolut realistisch ist. Die Soldaten der Lettow-Vorbeck-Kaserne haben es richtig gemacht, als sie erklärten, daß sie auch gegen Kernkraftwerke sind und sich nie gegen das Volk einsetzen lassen werden.  
Wir erklären, wir stehen hinter jeder Eurer Maßnahmen, die den Bau des KKW verhindern!

## Soldaten der Freiherr v. Fritsch-Kaserne Nordsee (Itzehoe)

Mit Empörung hörten wir, daß das Baugelände des Atomkraftwerk Brokdorf in einer Nacht- und Nebelaktion mit Zäunen, S-Draht und Gräben, Werkschutz mit scharfen Hunden, Po-

lizei mit Wasserwerfern und chemischen Kampfmitteln abgesichert wurde, um eine Besetzung durch die Bevölkerung von vorn herein zu verhindern.  
Mit Empörung hören wir jetzt, daß die Gewaltmittel der NWK und des Staates am 30.10.76 zum Einsatz gebracht worden sind gegen die Demonstranten auf und um den Bauplatz, gegen den gerechten Versuch der Bauplatzbesetzung, sodaß mehr als 20 Demonstranten im Krankenhaus behandelt werden mußten.  
Aufs schärfste wenden wir uns gegen die Festnahmen am selben Tage, deren Zahl über 50 lag!  
Laßt Euch durch das Polizei-, Grenzschutz- und Werkschutzaufgebot, durch Zäune und Gräben, durch den brutalen Einsatz von Polizei und Werkschutz am Samstag nicht entmutigen, sondern führt Euren Kampf weiter fort. Unsere Unterstützung ist Euch gewiß!  
KEIN KKW IN BROKDORF UND AUCH NICHT ANDERSWO !!!  
(17 Soldaten)

6 Kollegen aus dem IZHD (wissenschaftl. Institut an der Uni-Hamburg) haben den Kampf gegen das KKW in Brokdorf in einer Resolution unterstützt und gefordert:  
"Wir betrachten es deshalb als Aufgabe des DGB und seiner Einzelgewerkschaften, den Kampf unter der Forderung "Kein KKW in Brokdorf" zu vereinheitlichen und damit zum Aufbau einer erfolgreichen Einheit von Arbeitern und Bauern beizutragen."

ÖTV Abt. Wissenschaft und Forschung Kiel beschließt die Unterstützung des Kampfes gegen das Kernkraftwerk in Brokdorf.  
In einem Brief an den Bezirk Nord-West der ÖTV hat die Abteilung Wissenschaft und Forschung im Kreisverband Kiel einhellig verurteilt, daß der Bezirksvorsitzende Schwalbach im Namen der ÖTV zu einer Demonstration für den Bau des Kernkraftwerkes in Brokdorf aufgerufen hat. Auf der Sitzung am 8.11. stellten mehrere Kollegen in Redebeiträgen fest, daß Schwalbach, der im Aufsichtsrat der NWK und der SchlesWAG sitzt, den Namen der ÖTV dazu benutzt, um die Interessen der Kapitalisten zu vertreten. Sie erinnerten daran, daß Schwalbach ihnen erst vor wenigen Wochen die Durchführung einer Diskussionsveranstaltung über die Gefahren der

Kernenergie untersagt hatte. Die Abteilung beschloß mit großer Mehrheit mit einer Delegation an der Kundgebung der Bürgerinitiativen am kommenden Sonnabend teilzunehmen. Der Abteilungsvorstand wurde beauftragt, beim Kreisvorstand die Genehmigung für ein Transparent "Kein Kernkraftwerk in Brokdorf!" einzuholen.

"Wir Auszubildende in Bauberufen (Beton und Stahlbetonbauer, Zimmerleute und Maurer) der Klasse 6 der Gewerbeschule 1 in Hamburg solidarisieren uns mit Eurem Kampf und unterstützen die Forderung:  
Kein Kernkraftwerk in Brokdorf!  
Sofortiger Baustop!  
Sofortige Räumung des Bauplatzes!"



Ihre Unterstützung des Kampfes gegen das Kernkraftwerk in Brokdorf haben in den letzten Tagen durch Solidaritätsadressen erklärt:

- die Mitgliederversammlung der IG Metall Reynolds, Hamburg
- die Arbeitsgruppe Selbstverwaltung im Haus der Jugend Steinickestraße Hamburg-Harb.
- 6 Kollegen vom Seehafenverlag Hamburg

- 6 Hafenarbeiter der Einteilungsstelle 1
- 25 Kollegen am Universitätskrankenhaus Hamburg durch ihre Unterschrift für:  
Kein KKW in Brokdorf  
Sofortige Einstellung der Bauarbeiten, Abzug der Polizei  
die Initiativegruppe Germanistik der Universität Hamburg  
das literaturwissenschaftliche Seminar der Universität Hamb.  
der 4. Kurs der DRK-Krankenpflegeschule der DRK-Schwesternschaft Kiel

- 6 Kollegen des Kaufhauses Divi Raisdorf
- 10 Kollegen des Metallbetriebs Hagenau
- die Schülervertretung der Kieler Berufsschulen
- die Fachschaftsgruppen Germanistik, Chemie, Anglistik, Romanistik, Biologie, Erstsemester Jura, Vollversammlung Agrar der Universität Kiel
- die Vollversammlung der Fachhochschule Sozialwesen Kiel

## Forts. von S.3

Meiereien von 1960 bis 1973 von 486 auf 155, wurde die Milch der Bauern nicht mehr zweimal, sondern nur noch einmal am Tag abgeliefert, was eigentlich ja ein Fortschritt ist. Für die Bauern hieß es jetzt aber, daß sich jeder eine Kühlanlage anschaffen mußte, was auch zu roten Zahlen führte, wenn es nicht bei einigen sogar der letzte Schritt zur Pleite war.

Wenn jetzt durch den Bau des Kernkraftwerkes in Brokdorf die Milchwirtschaft unmöglich wird, dann liegen

die Folgen dafür klar auf der Hand. Ackerbau müßte ~~xxx~~ betrieben werden. Möglich ist dies durch Absenken des Grundwasserspiegels. Folge davon ist, daß vier von fünf Bauern aufgeben müssen, weil die Fläche für jeden Bauer für Ackerbau viel zu klein ist.  
Das ist der Grund für den Widerstand der Bauern.

Im Kapitalismus ist die Ruinierung der kleinen und mittleren Bauern unaufhaltsam. Das Kernenergieprogramm der Imperialisten beschleunigt diesen Prozeß. Die Bauern werden vertrieben von Haus und Hof und geraten durch die Verschuldung in völlige Abhängigkeit der Banken. Sie werden ausgeplündert und unterdrückt durch den bürgerlichen Staat.

Unter diesen Bedingungen gibt es für die Klein- und Mittelbauern keine gesicherte Existenz. Die planlose Ent-

wicklung der kapitalistischen Landwirtschaft führt auf der anderen Seite zur Vergeudung der gesellschaftlichen Produktivkräfte. Eine Landwirtschaft, die den ruinösen Wettbewerb unterbindet und eine planvolle Entwicklung der Landwirtschaft und damit dem Volk billige und qualitativ hochwertige Nahrungsmittel sichert, gibt es nur im Sozialismus.

Im Sozialismus werden die Bauern bewußt und planvoll den Übergang zur kollektiven Produktion organisieren. Denn beim gegenwärtigen Stand der Produktivkräfte läßt sich auch die landwirtschaftliche Produktion nur gesellschaftlich organisieren. Die kleinen und mittleren Bauern müssen gemeinsam mit der Arbeiterklasse und dem ganzen Volk für den Sturz der Ausbeuterordnung und für den Aufbau des Sozialismus eintreten.

## Forts. von S.1

lung der Bauarbeiten sorgen. Notwendig ist es, daß wir dazu zum Tor ziehen, den Bauarbeitern Grußadressen und Resolutionen überbringen; wir müssen uns mit ihnen über den gemeinsamen Kampf beraten und darüber einigen, daß der Bau sofort eingestellt werden muß. Ihre Schlagkraft gegen den bürgerlichen Staat entfalten und den Bau des KKW verhindern kann die Bewegung gegen das KKW nur, wenn sie ihre Aktionen geschlossen durchführt. Das hat der bisherige Kampf gezeigt. Daran muß man sich halten.

- Dann werden wir unser Ziel durchsetzen:
- Sofortige Einstellung aller Bauarbeiten
  - Räumung des Platzes durch die NWK-Kapitalisten
  - Kein Kernkraftwerk in Brokdorf

Bezirksverbände  
Holstein,  
Hamburg-Untere Elbe,  
Flensburg-Westküste.  
verantw. C. Cornides  
Schulstr. 12 Kiel

**KBW** Kommunistischer Bund Westdeutschland